PB.W-01-274

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Wirtschaft & Finanzen
Beschlussdatum:	25.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 273 bis 280:
Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den ~~wirtschaftlichen~~ Erfolg Deutschlands und der Unternehmen ~~nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern~~neben ökonomischen mit der gleichen Relevanz auch anhand sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung entsprechend neuausrichten. Dafür soll in Zukunft ~~neben dem Jahreswirtschaftsbericht~~ ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft.
Entsprechend erweitern wir auch die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene in den Bilanzierungsregeln im HGB um soziale und ökologische Werte. International setzen wir uns für eine analoge Anpassung der International Financial Reporting Standards (IFRS) ein, um auch die Konzernkonsolidierung durch Einheitlichkeit zu erleichtern. So erreichen wir ein faires „level playing field“, das unternehmerische Nachhaltigkeit anreizt, und nicht mehr wie heute eher bestraft.

Begründung

Es geht ja eben NICHT darum, dass Deutschland nur wirtschaftlich erfolgreich ist, sondern Erfolg ganzheitlicher im Sinne unserer gesellschaftlichen Ziele definiert wird. Und es ist wichtig, dass öko und sozial nicht nur "add-ons" sind, sondern (mindestens) genauso relevant wie ökononmisch. Den Jahreswirtschftsbericht in seiner heutigen Form unbedingt stehen zu lassen ist unnötig. Wir sollten die Erfolgsmessung insgesamt reformieren. Dafür kann von uns aus der Begriff des Jahreswohlstandsberichts als Platzhalter stehen bleiben - auf eine Methode jetzt festlegen sollten wir uns aufgrund der Mannigfaltigkeit der internationalen Diskussionen zu .dem Thema noch nicht. Die beste Methode sollten wir im ersten Jahr unserer Legislatur im breiten Dialog erarbeiten, um sie dann einführen zu können.

Absatz 2: Auch wenn es wie ein Seitenthema wirkt: Die öko-soziale Bilanzierung auf Unternehmensebene ist wirklich ein "game changer"! Die externalisierten Kosten werden so internalisiert und die gesamte Wirtschaft kann sich, genau wie die Gesellschaft, an den eigentlichen Zielen orientieren und das öko-soziale lohnt sich endlich auch bilanziell! Diverseste Wirtschaftsinitiativen, Unternehmen und NGOs haben Konzepte dazu. Es braucht endlich einheitliche Regeln! Daher sollte sie auch zumindest erwähnt werden im Programm - bei allem Verständnis für Priorisierungsnotwendigkeit.